

„Den Teufelskreis durchbrechen“

Die neue IWF-Chefin Christine Lagarde fürchtet eine weltweite Rezession – und fordert die Industrieländer auf, sich gemeinsam dem drohenden Abschwung entgegenzustemmen.



Lagarde, 55, leitet seit Juli den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Die frühere französische Finanzministerin ist Nachfolgerin ihres

Landsmannes Dominique Strauss-Kahn, der wegen Vergewaltigungsvorwürfen zurücktreten musste.

SPIEGEL: Frau Lagarde, die Weltkonjunktur brems ab, Börsen brechen ein, Banken leihen sich untereinander kein Geld mehr. Erinnert Sie das an das Jahr 2008, kurz bevor die Investmentbank Lehman Brothers zusammenbrach?

Lagarde: Jede historische Situation ist einzigartig, sie lässt sich nicht mit einer vorhergehenden vergleichen. Wir beim Internationalen Währungsfonds haben aber über den Sommer festgestellt, dass sich eine neue Vertrauenskrise entwickelt, die die wirtschaftliche Lage weltweit verschlechtert. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine drohende Abwärtsspirale abzuwenden.

SPIEGEL: Wie entsteht die?

Lagarde: Aus niedrigem Wirtschaftswachstum und hoher Staatsverschuldung. Beides untergräbt das Vertrauen in ganze Länder und in die Stärke ihres Bankensystems, besonders wenn die Banken erhebliche Volumen an Staatspapieren halten. Sollten diese Kreditinstitute in Schwierigkeiten geraten, werden weitere Länder angesteckt. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen.

SPIEGEL: Was ist zu tun?

Lagarde: Mit Blick auf Europa empfehlen wir, dass die Länder ihren Sparkurs an die veränderte Lage anpassen und wachstumsfördernde Maßnahmen ins Auge fassen. Darüber hinaus sollten sie das Eigenkapital ihrer Banken verstärkt aufstocken. Beides gehört zusammen, weil die unsichere wirtschaftliche Lage und die Staatsschuldenkrise das Vertrauen in die Banken aushöhlen.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, dass Ihre Warnung, europäischen Banken fehlten 200 Milliarden Euro in der Bilanz, deren Situation zusätzlich belastet?

Lagarde: Wir überwachen die globale Finanzstabilität und achten dabei auch auf die Situation in Europa. Wir werden die Ergebnisse unserer Arbeit in ein paar Wochen veröffentlichen. Generell sehen wir

die Notwendigkeit, dass die europäischen Banken rekapitalisiert werden, so dass sie stark genug sind, den Risiken der Staatsschuldenkrise und des schwachen Wachstums zu widerstehen. Das ist nötig, um weitere Ansteckungen zu verhindern.

SPIEGEL: Steht die Welt schon wieder an der Schwelle zu einer neuen Rezession?

Lagarde: Wir können sie noch vermeiden. Die Möglichkeiten der Regierungen und Notenbanken sind zwar geringer als 2009, weil sie einen großen Teil ihres Pulvers schon verschossen haben. Wenn aber die verschiedenen Regierungen, internationalen Organisationen und Zentralbanken zusammenarbeiten, werden wir die Rezession vermeiden.

SPIEGEL: Im Augenblick geschieht doch das genaue Gegenteil. Viele Regierungen sparen, um die während der Krise ausgefertigten Staatsausgaben wieder ins Lot zu bringen. Ist das falsch?

Lagarde: Das lässt sich so generell nicht sagen. Ohne genau ins Detail zu gehen: Es kommt auf die betreffenden Länder an. Für manche Länder läuft es gut. Für andere wiederum sind die beschlossenen Maßnahmen im Augenblick zu streng. Sie sollten überlegen, sie auszusetzen, besonders wenn sich ihre Wirtschaft weiter abschwächt und vorausgesetzt, dass sie einen klaren mittelfristigen Konsolidierungspfad einschlagen.



Währungsexpertin Lagarde

SPIEGEL: Dann gehen wir mal ins Detail. Sollte Deutschland mehr für die Weltkonjunktur tun?

Lagarde: Im Rahmen unserer alljährlich stattfindenden Länderuntersuchungen haben unsere Experten kürzlich Deutschland besucht. Sie haben festgestellt, dass die Gesundung der deutschen Staatsfinanzen unter den gegenwärtigen Umständen bestens läuft.

SPIEGEL: Noch ...

Lagarde: Natürlich hängt das immer von den Umständen ab. Wenn der Export, auf dem das deutsche Wirtschaftsmodell basiert, einbricht, dann könnte die Bundesregierung gegensteuern.

SPIEGEL: Sie soll die Nachfrage stimulieren?

Lagarde: Wenn Deutschland seine Binnenfrage belebt, ist das gut für die deutsche Wirtschaft und für die der Nachbarländer. Seit ich dieses Thema als französische Finanzministerin das erste Mal erwähnte, hat sich die deutsche Nachfrage schon verbessert.

SPIEGEL: Ist es nicht gefährlich, wenn Länder wie Ihr Heimatland Frankreich in einer so labilen Lage eine Schuldenbremse einführen wollen?

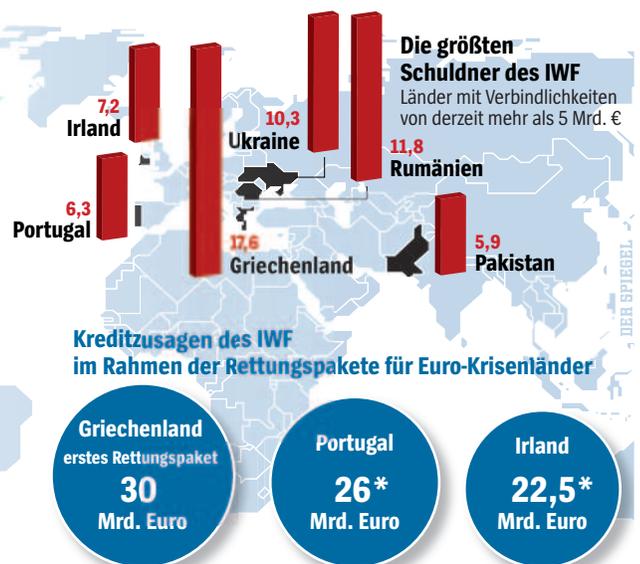
Internationaler Währungsfonds (IWF)

Gegründet 1944. Überwacht die Geldpolitik der 187 Mitglieder und leistet finanzielle Hilfe bei Zahlungsschwierigkeiten. Stellt das notwendige Know-how zur Einleitung finanzpolitischer und institutioneller Reformen zur Verfügung.

zur Verfügung stehende Mittel
468 Mrd. Euro

ausstehende Kredite
72,4 Mrd. Euro

Bereitstellung für den Euro-Rettungsschirm
250 Mrd. Euro



* Euro-Rettungsschirm Stand: August 2011; Quelle: IWF

Lagarde: Das ist als Signal an die Finanzmärkte zu verstehen. Es soll den Investoren zeigen, wie ernst es die Regierung meint, den Haushalt auszugleichen. Die generelle Absicht dahinter ist gut.

SPIEGEL: Würden Sie den USA empfehlen, eine Schuldenbremse zu beschließen?

Lagarde: Jedes Land muss für sich entscheiden, wie es das Signal an die Märkte sendet. Der IWF hat viele Experten, die sich mit der Sanierung von Staatsfinanzen auskennen und bei der Einführung von Schuldenbremsen behilflich sein könnten. Wir geben unser Wissen gern weiter.

SPIEGEL: Gehen die Sparmaßnahmen der USA weit genug?

Lagarde: Welche meinen Sie?

SPIEGEL: Das Bekenntnis nach langem Streit um die Schuldenobergrenze, die Staatsausgaben in den kommenden Jahren um 2,4 Billionen Dollar über die nächsten zehn Jahre zu kürzen.

Lagarde: Solche langfristigen Vereinbarungen sind immer gut, wenn sie glaubhaft vermitteln, dass man gemeinsam gegen überbordende Defizite und gegen Ausgabenexplosionen, beispielsweise im Gesundheitswesen, vorgeht. Wenn solche mittelfristigen Ziele ernsthaft verfolgt werden, dann gibt es auch Spielraum für kurzfristige Maßnahmen, um das Wachstum zu stimulieren, das wiederum Arbeitsplätze schafft.

SPIEGEL: Brauchen die USA ein neues Konjunkturprogramm?

Lagarde: Was wir im Augenblick sehen, ist eine Phase sehr niedrigen Wachstums, und wir sehen ein Vertrauensproblem, das diesen Sommer darin kulminierte, dass die USA ihr AAA-Rating verloren haben. Wenn die USA einen glaubwürdigen mittelfristigen Anpassungsplan auf den Weg bringen, gibt es womöglich Raum, die kurzfristigen Sparmaßnahmen auszusetzen und einige wachstumsfördernde Maßnahmen einzuleiten.

SPIEGEL: Ihre Vorschläge laufen darauf hinaus, die Folgen einer Schuldenkrise mit noch mehr Schulden zu bekämpfen.

Lagarde: Das sehe ich nicht so. In einer Welt, die wirtschaftlich so verflochten ist, in der das Tun und Lassen etwa der Industrieländer unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklungsländer hat, kann man nicht einfach stur weitermachen, wenn sich die Lage ändert. Wir haben unsere Meinung doch nicht darüber geändert, dass hohe Schulden schädlich sind, sondern nur darüber, in welcher Lage die Weltwirtschaft gerade ist.

SPIEGEL: Wohin zu hohe Staatsverschuldung führt, ist derzeit in der Euro-Zone zu besichtigen. Die EZB muss für etliche

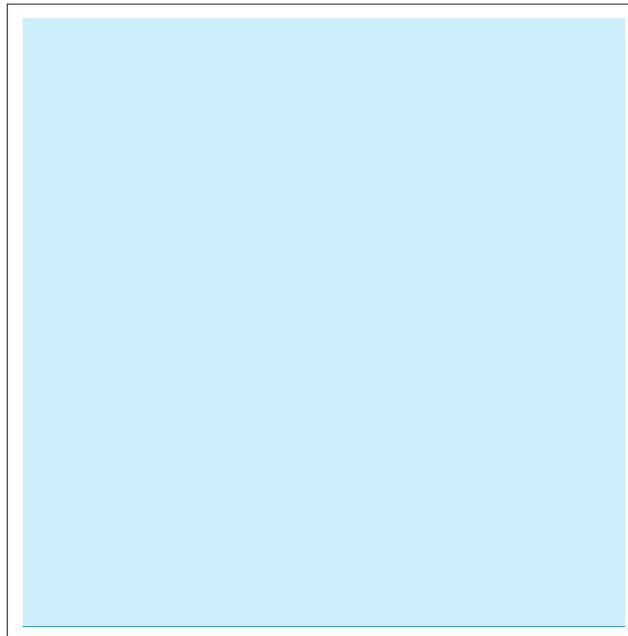
Milliarden Staatsanleihen von Spanien und Italien aufkaufen. Ende September übernimmt der europäische Rettungsschirm, die EFSF, diese Aufgabe. Hat er dafür genug Geld?

Lagarde: Die EFSF bekommt nun genügend Flexibilität. Sie steckte bislang in einer Art Zwangsjacke. Künftig darf sie Banken unterstützen, Ländern Liquiditätshilfen gewähren und auf den Sekundärmärkten Anleihen von angeschlagenen Ländern kaufen. Das ist alles sehr begrüßenswert.

SPIEGEL: Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben EFSF-Chef Klaus Regling zwar einen Haufen neue Aufgaben gegeben, aber nicht mehr Geld. Reichen die bewilligten 440 Milliarden Euro?

Lagarde: Kanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy und ihre Kollegen haben mehrfach versichert, dass sie alles unternehmen werden,

ANZEIGE



was notwendig ist. Dazu gehört nach meinem Verständnis auch, bei Bedarf die EFSF aufzustocken.

SPIEGEL: Auch so weit, dass im Zweifel Italien gestützt werden kann? Ist das Land nicht viel zu groß, um von den Partnerländern gerettet zu werden?

Lagarde: Die Staats- und Regierungschefs haben eine Vereinbarung getroffen, alles Nötige zur Rettung des Euro zu tun. Die Märkte sollten dieses Versprechen nicht unterschätzen. Außerdem hat Italien mittlerweile Sparmaßnahmen und Struktur-reformen auf den Weg gebracht.

SPIEGEL: Kritiker sagen, Griechenland sei genug geholfen worden. Das Land müsse raus aus der Euro-Zone. Halten Sie das für eine gute Idee?

Lagarde: Erstens habe ich das nicht zu entscheiden. Zweitens glaube ich, dass alle Beteiligten, ob in der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank, im

IWF ebenso wie die Mitglieder der Euro-Zone, zutiefst entschlossen sind, dass das Programm zur Rettung Griechenlands und damit des Euro funktioniert. Sie werden alles daransetzen, dass die griechische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig wird und das Land seine Schulden bedienen kann.

SPIEGEL: In der Euro-Zone tun sich immer neue Hindernisse auf. Finnland etwa verlangt, dass Griechenland Sicherheiten hinterlegt, bevor weitere Hilfen fließen. Andere Länder wollen dem Beispiel folgen. Stellt das nicht den gesamten Rettungsmechanismus in Frage?

Lagarde: Nach meinem Verständnis arbeiten die Euro-Länder an einer Lösung, die den Erwartungen eines jeden Landes gerecht wird. Eine maßgeschneiderte Lösung nur für Finnland, die keinem anderen Land passt, darf es nicht geben. Ich bin sicher, dass die Mitglieder der Euro-

Zone sich ihrer Verantwortung bewusst sind und eine Lösung finden werden.

SPIEGEL: In Frankreich steht möglicherweise noch ein Gerichtsverfahren gegen Sie an. Sie sollen die Macht Ihres Amtes als Finanzministerin missbraucht und dafür gesorgt haben, dass der Finanzier Bernard Tapie für seinen missglückten Adidas-Deal vom französischen Staat entschädigt wurde. Werden Sie zurücktreten, wenn Sie sich vor Gericht verteidigen müssen?

Lagarde: Diese Angelegenheit haben wir schon bei meiner Kandidatur erörtert. Der IWF-Board ist zu dem Schluss gekommen, dass dieser Fall absolut nichts daran ändert, dass ich meinen Job weiter ausführen und all meine Pflichten erfüllen kann.

SPIEGEL: Die Frage ist, ob Sie auf Anweisung von Präsident Nicolas Sarkozy gehandelt haben ...

Lagarde: Wenn ich diese Frage beantworten müsste, dann würde ich es vor Gericht tun. Das scheint mir angemessener als gegenüber dem SPIEGEL.

SPIEGEL: Es gibt die ungeschriebene Regel, dass stets ein Europäer an der Spitze des IWF steht, als Ausgleich dafür, dass die Amerikaner den Chef der Weltbank stellen. Wenn sich nun die Gewichte verschieben, werden Sie der letzte Vertreter Europas im Amt des IWF-Chefs sein?

Lagarde: Ich hoffe nicht, das würde viele Talente vom Wettbewerb ausschließen. Aber das habe ich nicht zu entscheiden. Ich sitze hier nicht als Europäerin. Ich habe versucht, mich davon freizumachen, als Europäerin oder Französin zu denken. In dem Moment, in dem man zum IWF kommt, wird man ein Bediensteter einer globalen Organisation.

INTERVIEW: MARC HUIER, CHRISTIAN REIERMANN